

1. Politische Transformation und Demokratisierung

Die Analyse der Demokratisierung autoritärer Systeme erlebte in den 1980er Jahren mit den politischen Veränderungen in Lateinamerika und Osteuropa einen deutlichen Aufschwung. Die *Transformationsforschung* untersuchte Bedingungen und Perspektiven von Demokratisierung, um letztlich über systematische Vergleiche theoriegeleitete Modelle derartiger Wandlungsprozesse zu entwickeln. Allerdings führte der ab Mitte der 1990er Jahre stagnierende und mitunter gar regressive Ablauf weltweiter Systemwechsel nach Abklingen der „Dritten Welle“ der Demokratisierung zu Zweifeln an der Tragweite und Erklärungskraft der Transformationstheorien.¹ Deren universelle Anwendbarkeit wurde durch eine wachsende Anzahl von Ländern in Frage gestellt, die nach einer „unvollendeten“ Transformation in einer Grauzone zwischen Autoritarismus und Demokratie endeten.² Vor allem mit Blick auf den Nahen und Mittleren Osten mit einer Vielzahl stabiler autoritärer Systeme, die erst durch die Umbrüche des Jahres 2011 erschüttert wurden, entstand eine *Autoritarismusforschung*, die die Persistenz und Funktionsweise autoritärer Systeme zu erklären suchte. Relevante Erkenntnisse dieser beiden Forschungsstränge werden

-
- 1 Samuel Huntington geht von drei globalen „Wellen“ der Demokratisierung aus, von denen die erste bis in die 1920er Jahre Länder wie die USA, Frankreich und Großbritannien erfasste, die zweite nach dem II. Weltkrieg u. a. Deutschland, Japan und Italien. Die dritte Welle setzte schließlich Mitte der 1970er mit den Demokratisierungen in Spanien und Portugal ein und schließt die späteren Systemwechsel in verschiedenen Ländern Lateinamerikas und Asiens sowie in Osteuropa mit ein. Huntington, Samuel: *The Third Wave. Democratization in the Late 20th Century*, Oklahoma: Oklahoma University Press 1991.
 - 2 U. a.: Bendel, Petra/Croissant, Aurel/Rüb, Friedbert (Hg.): *Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen*, Opladen: Leske und Budrich 2002; Merkel, Wolfgang/Croissant, Aurel/Puhle, Hans-Jürgen/Eicher, Claudia/Thiery, Peter: *Defekte Demokratie*, Bd. 1, Theorien und Probleme, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2003.

im Folgenden dargestellt. Um darüber hinaus gesellschaftliche Veränderungsprozesse zu erfassen, die politischen Wandel begleiten und mitunter auch einleiten, werden anschließend Ansätze zum Konzept der Zivilgesellschaft erläutert.

POLITISCHER SYSTEMWECHSEL: ABLAUF UND AKTEURE

Einschlägige Arbeiten des Forschungszweigs unterstreichen den offenen Ausgang einer Transformation. Diese wird als „*in Etappen verlaufender, widersprüchlicher und höchst fragiler Veränderungsprozess*“³ betrachtet, der einen Übergang von einem politischen Regime zum anderen bildet und dessen Ergebnis „*ein demokratisches Regime, die Rückkehr zur alten bzw. zu einer anderen Form autoritärer Herrschaft oder eine revolutionäre Alternative*“⁴ sein kann. Ein solcher Systemwechsel nimmt seinen Ursprung in einer Legitimationserosion der bestehenden Herrschaftsform und einer damit einhergehenden Destabilisierung der Machtverhältnisse. Auf dem idealtypisch skizzierten Weg vom autoritären zum demokratischen System werden die Handlungsspielräume der beteiligten politischen Akteure in komplexen Aushandlungsprozessen schrittweise bis hin zur Einführung demokratischer Verfahren und Institutionen erweitert. Am Ende steht schließlich die schwierige und ergebnisoffene Konsolidierungsphase des neuen Systems. Jederzeit kann dieser Prozess durch Strategien der Machterhaltung von Seiten etablierter Eliten oder aber ungünstige äußere Einflussfaktoren blockiert werden.⁵ Insofern erscheint die Entstehung eines demokratischen Systems im Rahmen der Transformationsforschung als ein mögliches Resultat politischer Wandlungsprozesse neben anderen.

Innerhalb der Transitionsforschung bestehen verschiedene Ansätze zur Erklärung und Beobachtung demokratischen Wandels. Je nach Herangehensweise fokussieren sie entweder systemische Voraussetzungen und Dysfunktionen (Makroebene), gesellschaftliche Sozial- und Machtstrukturen (Mesoebene) oder die Handlungen politischer Akteure (Mikroebene). Mittlerweile dominiert die Erkenntnis, dass nur eine sinnvolle Kombination dieser Analyseparadigmen dem komplexen Charakter gesellschaftlicher und politischer Wandlungsprozesse gerecht werden kann.⁶ Die

-
- 3 Schubert, Gunter/Tetzlaff, Rainer: Blockierte Demokratien in der Dritten Welt, Opladen: Leske und Budrich 1998, S. 14.
 - 4 Bos, Ellen: „Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transitionsprozessen“, in: Merkel, Wolfgang (Hg.), Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzepte der Transitionsforschung, Opladen: Leske und Budrich 1996, S. 81-110, hier S. 85.
 - 5 Schubert/Tetzlaff: Blockierte Demokratien, S. 15.
 - 6 Merkel, Wolfgang: „Struktur oder Akteur, System oder Handlung: Gibt es einen Königsweg in der Transformationsforschung?“, in: Merkel, Wolfgang (Hg.), Systemwechsel 1.

Untersuchung der Interessen, Strategien und Entscheidungen von Akteuren erreicht erst dann volle Erklärungskraft, wenn auch die handlungsrahmenden strukturellen und systemischen Merkmale einer Gesellschaft einschließlich historischer, kultureller und internationaler Einflussfaktoren berücksichtigt werden. Schubert und Tetzlaff gehen überdies davon aus, dass sich die Gewichtung der Erklärungsfaktoren im Verlauf der Transformation ändert: Während die Interaktionen politischer Akteure bei Einleitung des Systemwechsels eine größere Rolle spielen, sind es in der Folge eher politische und soziale Strukturen, die Tiefe, Tempo und Richtung der Transition bestimmen. Das von den Autoren entwickelte Konzept der „*strategischen und konfliktfähigen Gruppen*“ (SKOG) verfolgt eine Synthese von Akteurs- und Systemansatz und eignet sich daher, den möglichen Ablauf und ausschlaggebende Faktoren einer Transformation zu erläutern.⁷

Schubert et al. verstehen politischen Wandel, also sowohl Demokratisierung als auch autoritäre Regression, als „*Ergebnis von Veränderungen innergesellschaftlicher Kräfteverhältnisse*“ und „*Konflikten zwischen verschiedenen politischen Einflussgruppen*“.⁸ Im Zentrum stehen die Handlungen von gesellschaftlichen Gruppierungen, die einerseits an bestehenden Macht- und Verteilungsverhältnissen festhalten, andererseits aufgrund bestimmter Interessen oder Ideale sich herausfordernd dagegen wenden. Notwendigerweise geht eine Erweiterung politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Teilhabe auf bisher ausgegrenzte soziale Gruppen mit einem Verlust an Macht und Einfluss seitens der Herrschaftselite einher. Diese kann daher jederzeit zu einer Gegenreaktion provoziert werden, mit der sie ihre Position verteidigt und Veränderungen blockiert. Insofern spielen für eine Demokratisierung sowohl die Konfliktfähigkeit der Herausforderer als auch die Kompromissbereitschaft etablierter Eliten eine entscheidende Rolle. Äußere Einflüsse können in diesem spannungsreichen Verhandlungsprozess die Position einzelner Gruppen stärken oder schwächen sowie verfügbare Handlungsoptionen erweitern oder reduzieren.⁹

Die Autoren gehen davon aus, dass politische Einflussgruppen als politisierte und verschiedenartig organisierte Akteure die Interessenlagen bestimmter soziologischer Großgruppen mit einer tendenziell gleichen gesellschaftlichen Lage vertreten.¹⁰ Hier orientieren sich die Autoren an Ansätzen der strukturalistischen Trans-

Theorien, Ansätze und Konzepte der Transitionsforschung, Opladen: Leske und Budrich 1996, S. 303-32; Schubert, Gunter/Tetzlaff, Rainer/Vennewald, Werner: Demokratisierung und politischer Wandel. Theorie und Anwendung des Konzeptes der strategischen und konfliktfähigen Gruppen, Münster: LIT 1994, S. 6f.

7 Schubert/Tetzlaff: Blockierte Demokratien, S. 16.

8 Ebd. S. 28.

9 Ebd.

10 Schubert/Tetzlaff/Vennewald: Demokratisierung und politischer Wandel, S. 68ff.

formationsforschung, die vor allem die Verteilungsverhältnisse und Machtbeziehungen zwischen den verschiedenen sozialen Klassen untersucht. Laut Vanhanen sind die Chancen auf eine Demokratisierung dann am höchsten, wenn die Machtressourcen einer Gesellschaft so differenziert verteilt sind, dass keine soziale Gruppe mehr in der Lage ist, allein ihre Konkurrenten zu dominieren. Mit der zunehmenden Aufteilung von Ressourcen und Einflussmöglichkeiten steigt die Notwendigkeit zu Koalitionen und Kompromissen.¹¹

Die gleichlaufenden sozioökonomischen Interessen gesellschaftlicher Gruppen bedürfen einer gewissen Form der kollektiven Organisierung, um wirksames Handeln zu ermöglichen. Politische Einflussgruppen entstehen erst dann, wenn aufgrund einer ähnlichen sozialen Situation ein gemeinsames Bewusstsein entwickelt und gleichzeitig die zur Verfügung stehenden Handlungspotentiale strategisch zur Verwirklichung von Interessen eingesetzt werden. Der Ansatz von Schubert et al. fokussiert auf der Akteursebene die Ressourcen und Strategien, mit denen soziale Gruppen eine Durchsetzung ihrer Ziele verfolgen. Dadurch werden relevante Akteurskollektive identifiziert, die jeweils den politischen Prozess beeinflussen: strategische und konfliktfähige Gruppen.

Die strategischen Gruppen kontrollieren politische und ökonomische Ressourcen einer Gesellschaft. Häufig als Regimekoalition vereint, haben sie Zugriff auf das Gewaltmonopol und die Einkünfte des Staates. Sie können aber auch außerhalb der staatlichen Sphäre bestimmte Ressourcen, wie Kapital, spezifische Kompetenzen oder Waffengewalt aktivieren, um das prinzipielle Ziel des Erhalts und der Erweiterung politischer und wirtschaftlicher Macht durchzusetzen. Demgegenüber agieren konfliktfähige Gruppen entgegen bestehender Macht- und Verteilungsverhältnisse und verfolgen eine Teilhabe an der politischen Macht im Staat sowie den Ressourcen der Gesellschaft. Gleichzeitig wenden sie sich gegen die hegemonialen Ansprüche strategischer Gruppen, um eigene kulturelle oder religiöse Identitäten zu stärken und andere Wertvorstellungen durchzusetzen. Sind diese Gruppen bereit, ihnen zur Verfügung stehendes Konfliktpotential aktiv einzusetzen und gemeinsame Handlungsstrategien zu entwickeln, können sie zu wichtigen Förderern gesellschaftlichen Wandels werden.¹²

Innerhalb der Akteursgruppen, die typischerweise eine strategische oder aber konfliktorientierte Rolle im Transformationsprozess spielen, fällt Schubert und Tetzlaff gemäß den als „Professionals“ bezeichneten Vertretern der Mittelschicht eine besondere Bedeutung zu: Akademiker, Journalisten, Ingenieure oder Anwälte. Über ihre Ausbildung können sie entscheidende Beiträge zur gesellschaftlichen

11 Vanhanen, Tatu: *Prospects of Democracy: A Study of 172 Countries*, London: Routledge 1997.

12 Schubert/Tetzlaff/Vennewald: *Demokratisierung und politischer Wandel*, S. 68ff.

Entwicklung leisten und hegen dementsprechende Partizipationserwartungen. Insofern Professionals nicht als Technokraten oder Beamte an den Staatsapparat gebunden sind, bieten sich ihnen im autoritären Staat kaum Möglichkeiten der Teilhabe. Aufgrund politischer Barrieren oder Missmanagements durch korrupte Machthaber bleiben ihnen Wege des sozialen Aufstiegs verschlossen. Diese Schicht bildet einen sehr dynamischen Teil der Gesellschaft und verfügt über gute Kapazitäten zur Delegitimierung des Systems sowie zu aktiver Opposition. Durch ihren Wissensvorsprung können gut ausgebildete Vertreter der Mittelschicht Forderungen an Machthaber artikulieren und andere sozialen Gruppen für Ideen der politischen Veränderung mobilisieren. Nicht umsonst rekrutieren sich die Führungsfiguren von sozialen Bewegungen oder Oppositionsparteien in Entwicklungs- und Transitionsländern meist aus diesen Kreisen.¹³ Auch in Iran ist die gesellschaftliche Basis der Reformbewegung vor allem in der Mittelschicht anzusiedeln, deren Bedürfnisse nach politischer Teilhabe und sozialen Entfaltungsmöglichkeiten in der Islamischen Republik nur begrenzt realisiert werden konnten. Intellektuelle, Journalisten und Studenten stellen den aktiven Kern der Bewegung und haben deren grundlegende Ziele und Strategien formuliert. Letztlich finden sich unter den Professionals meist auch die versiertesten Internetnutzer einer Gesellschaft, denen das Netz neue Kanäle der Informationsgewinnung und Meinungsäußerung eröffnet.

Folgende Faktoren bestimmen laut Schubert et al. die Handlungsfähigkeit konfliktorientierter Gruppen:

- Grad der formalen Institutionalisierung (z.B. in Parteien oder Bewegungen)
- Ideologische und kulturelle Geschlossenheit
- Legitimation als politische Kraft (z. B. durch sozialen Status, Charisma oder politische Biographien)
- Mobilisierungspotential in der Bevölkerung¹⁴

Der Realisierung dieser Faktoren liegen eindeutig kommunikative Handlungen zu Grunde, die von den Autoren jedoch nicht weiter ausgeführt werden. Die Herstellung einer geschlossenen kollektiven Identität, die Legitimierung des eigenen politischen Handelns und die Mobilisierung von Anhängern vollziehen sich über Kommunikation innerhalb der Akteursgruppen sowie extern mit ihrem Umfeld. Dementsprechend entwickeln konfliktorientierte Gruppen Kommunikationsbedürfnisse, von deren Realisierung ihr Handlungserfolg abhängt und die letztlich auch ihren Umgang mit Medien sowie speziell dem Internet prägen.

13 Ebd. S. 90ff.

14 Ebd. S. 68ff.

Verlauf der Transformation und mögliche Hindernisse

Gemäß den akteurszentrierten Ansätzen der Transformationsforschung gehen Schubert et al. idealtypisch von einem mehrphasigen Verlauf der Transformation aus. Ausgangspunkt ist ein autoritäres System mit einer bislang stabilen Herrschaftselite, das aufgrund bestimmter Faktoren einer Legitimationskrise unterliegt. Hierbei können äußere Einflüsse wie Krieg, internationale Isolation oder Wirtschaftssanktionen ebenso ausschlaggebend sein wie innere Problemlagen, die etwa aus fehlender wirtschaftspolitischer Performanz des Regimes oder Repressionen gegen die Bevölkerung resultieren. In Folge können sich innerhalb der Regimekoalition verschiedene Fraktionen bilden, die jeweils eigene Lösungswege aus der Krise favorisieren. Entscheidend ist, mit welcher Konfliktbereitschaft und -fähigkeit oppositionelle Akteure die vorübergehende Schwächung der Regimekoalition nutzen. Dabei kommt es nicht nur auf die eingesetzten Ressourcen und Strategien an, sondern auch darauf, ob Entwürfe für ein verändertes System präsentiert werden. Erst ebenso attraktive wie realistische Alternativen für die Zukunft der Gesellschaft können Teile der Bevölkerung dazu veranlassen, Widerstand gegen das Regime zu leisten.¹⁵ Dies unterstreicht die Bedeutung deliberativer Prozesse innerhalb der Oppositionsgruppen und deren potentieller Anhängerschaft, aus denen alternative Vorstellungen erwachsen und letztlich zu einer Delegitimierung der bestehenden Ordnung beitragen. Ebenso wie die Herausbildung programmatischer Alternativen hängt auch deren Verbreitung – also die angeführte Erfolgsbedingung der Mobilisierungsfähigkeit – vom Medienzugang und den Kommunikationsstrategien der Herausforderer ab. Diese Dynamiken werden von den Ansätzen der Transformationsforschung nicht erfasst.

Das Ausmaß dieser ersten Phase der Liberalisierung hängt von der Verschiebung der Machtkonstellationen innerhalb des Regimes sowie der Institutionalisierung und gesellschaftlichen Verankerung konfliktfähiger Gruppen ab. Die Liberalisierung an sich gilt als unabgeschlossenes Projekt, das sich in eine bestimmte Richtung weiterentwickeln muss – sei es die erneute Repression, eine „offenere“ Diktatur oder hin zur Demokratisierung.¹⁶ Im günstigsten Fall kommt es zu einer allmählichen Integration von konfliktfähigen Gruppen in die politische Entscheidungsfindung, etwa in Form einer Annäherung zwischen den jeweils gemäßigten Teilen von Regime und Opposition. Eine „paktierte Transition“ kann als Mittelweg zwischen radikaleren Positionen zu einer friedlichen Einigung auf konstitutionelle Neuerungen und die Institutionalisierung demokratischer Verfahren führen. Ein derart ausgehandelter Systemwechsel bildet eine Form des politischen Wandels neben anderen (z. B. Revolution, Reform von oben, Zusammenbruch des Regimes).

15 Merkel: Struktur oder Akteur, S. 315.

16 Bos: Rolle von Eliten, S. 94.

Während häufig Elemente dieser unterschiedlichen Verlaufsformen der Transformation in Kombination miteinander zu beobachten sind, werden doch der paktierten Transition die besten Aussichten auf eine erfolgreiche Konsolidierung eines demokratischen Systems zugeschrieben.¹⁷

Da ein aus demokratietheoretischer Sicht erfolgreicher Transformationsprozess dem Einfluss zahlreicher Faktoren unterliegt, kann es trotz aufkommender Bestrebungen in Richtung Demokratisierung zu einer Blockade oder auch Regression des politischen Wandels kommen. Hierbei ist ein Scheitern erster Reformversuche am unmittelbaren Widerstand des herausgeforderten Regimes ebenso möglich wie die Rückkehr zu autoritären Verhältnissen nach einer Periode politischer Liberalisierung. Desgleichen lässt sich vermehrt ein andauerndes Spannungsverhältnis zwischen autoritären und demokratischen Elementen in einem politischen System ohne erkennbaren Ausweg beobachten. Versuche, diese Zwischenformen unter Bezeichnungen wie „defekte Demokratie“ oder „hybrides System“ zu kategorisieren, haben zu Grundsatzdebatten innerhalb der Transformationsforschung geführt.¹⁸

Die erläuterten Ansätze liefern ein Schema für die Analyse der strategischen Interessen und Handlungen einflussreicher politischer Akteure sowie prinzipieller Rahmenfaktoren. Für die Frage nach der Rolle von Internetkommunikation im Transformationsprozess wird genauer zu klären sein, inwieweit Medien eine Ressource für strategische und konfliktfähige Akteure darstellen oder gesellschaftliche Rahmenbedingungen im Sinne eines politischen Wandels beeinflussen.

VERSPÄTETER WANDEL? AUTORITARISMUS IN NAH- UND MITTELST

Bis zum überraschenden Ausbruch des Arabischen Frühlings 2011 erschienen die verschiedenen Formen autoritärer Herrschaft im Nahen und Mittleren Osten besonders resistent gegen politischen Wandel. Infolgedessen verlagerte sich speziell in diesem Regionalkontext die Suche nach den Ursachen fehlender Demokratisierung auf eine Analyse der Funktionsweise autoritärer Staaten. In kritischer Abgrenzung von den Transitionsparadigmen suchte die Autoritarismusforschung die Stabilität

17 Hafez, Kai: Heiliger Krieg und Demokratie. Radikalität und politischer Wandel im islamisch-westlichen Vergleich, Bielefeld: transcript 2009, S. 112, 137.

18 Vgl. dazu: Diamond, Larry: „Thinking About Hybrid Regimes“, in: *Journal of Democracy* 13 (2) (2002), S. 21-35; Merkel, Wolfgang: *Defekte Demokratie*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2003; Schmotz, Alexander: „Die Vermessung der Grauzone: Hybride Regime zwischen Demokratie und Diktatur“, in: *Berliner Debatte Initial* 21 (3) (2010), S. 54-66.

der Regime zu erklären und Aussagen zur Herrschaftssicherung autoritärer Macht zu liefern.¹⁹ Die Ansätze dieses Forschungszweigs bieten eine zusätzliche Basis für die Analyse des iranischen Regimes. Gleichzeitig wird argumentiert, dass der Fokus auf die Persistenz autoritärer Herrschaftseliten die Rolle gesellschaftlicher Kräfte vernachlässigt hat, welche auf eine Veränderung politischer und sozialer Zustände hinwirken. Gerade dies haben die Umbrüche in Ägypten und Tunesien deutlich vor Augen geführt. Kritische Repliken auf die Autoritarismusforschung lenken somit die theoretischen Überlegungen hin zum Konzept der Zivilgesellschaft.

Lange Zeit wurde versucht, das Demokratiedefizit im Nahen und Mittleren Osten mit der „islamischen“ oder gar „orientalischen“ Prägung der Gesellschaften zu erklären. Diese kulturell oder religiös basierten Argumentationsmuster gelten als überholt. Gegen die Unverträglichkeit von Islam und Demokratie sprechen nicht nur demokratische Erfahrungen in islamisch geprägten Ländern wie der Türkei, Malaysia oder Indonesien, sondern auch die vielfältigen Bestrebungen muslimischer Intellektueller, Religion und Demokratietheorie zu vereinen.²⁰ Nicht zuletzt standen im Vordergrund der jüngsten Protestbewegungen in Iran sowie Ägypten, Tunesien und anderen arabischen Ländern Forderungen nach Freiheit, Mitsprache und Rechtsstaatlichkeit, also grundlegenden Werten einer demokratischen Moderne.

Mit Hinblick auf Transformationsprozesse spielt Religion allerdings insofern eine Rolle, als politische Interpretationen des Islam von islamistischen Gruppierungen immer wieder als Gegenentwurf zu bestehenden Gesellschaftsordnungen präsentiert wurden. Dies diente Machthabern in arabischen Ländern lange Zeit als Rechtfertigung für den Erhalt der eigenen Position. Gerade westliche Regierungen als einflussreiche externe Akteure schreckten davor zurück, eine vollständige Durchsetzung demokratischer Spielregeln einzufordern, da dadurch islamistische Parteien, welche sich teilweise über eine Ablehnung westlicher Politik und Werte definierten, an die Macht gelangen konnten. Nichtsdestotrotz zählten islamistische Akteure in den arabischen Ländern zu den wichtigsten Herausforderern der autoritären Regime.²¹ Zeigten sich Gruppierungen wie die Muslimbrüder im Zuge der

19 Zum Überblick: Gerschewski, Johannes: „Autokratien heute. Ein Literaturüberblick“, in: Berliner Debatte Initial 21 (3) (2010), S. 42-53.

20 Schlumberger, Oliver: Autoritarismus in der arabischen Welt. Ursachen, Trends und internationale Demokratieförderung, Baden-Baden: Nomos 2007, S. 91ff.; Bayat, Asef: Making Islam Democratic. Social Movements and the Post-Islamist Turn, Stanford, California: Stanford University Press 2007; Esposito, John L./Voll, John O.: Islam and Democracy, New York: Oxford University Press 1996.

21 Angrist, Michele Penner: „The Outlook for Authoritarians“, in: Angrist, Michele Penner/Posusney, Marsha Pripstein (Hg.), Authoritarianism in the Middle East. Regimes and Resistance, Boulder Lynne Rienner Publ. 2005, S. 221-32; Hafez: Heiliger Krieg; Ham-

Proteste in Tunesien und Ägypten noch zurückhaltend, konnten sie in den ersten Wahlen nach dem Umbruch aufgrund ihrer Organisationskraft rasch Erfolge verzeichnen.

In Iran allerdings hat bereits die Revolution 1979 ein islamistisches Regime an die Macht gebracht. Islamistische Organisationen bilden hier eine entscheidende Macht- und Mobilisierungsbasis der Herrschaftselite. Demzufolge kann eine wie auch immer geartete ideologische Interpretation des Islams konfliktorientierten Akteuren, die einen Wandel der derzeitigen Machtverhältnisse anstreben, kaum eine tragfähige Leitidee bieten. Reformorientierte Politiker und Intellektuelle beschäftigen sich vielmehr seit zwanzig Jahren mit der Frage, welche Rolle Religion überhaupt noch im Staat spielen soll. Als Faktor für die Stabilität autoritärer Herrschaft in Iran spielt der politische Islam somit eher eine Rolle bei der Legitimierung der übermächtigen Stellung des Revolutionsführers und anderer klerikaler Institutionen im System sowie bei der Mobilisierung bestimmter Regimeanhänger.

Herrschaftssicherung durch Repression

Ein Erklärungsansatz autoritärer Persistenz fokussiert die ausgedehnten Sicherheits- und Repressionsapparate, die eine entscheidende Funktion bei der Sicherung bestehender Machtverhältnisse übernehmen. Im weltweiten Vergleich fallen sowohl die Verteidigungshaushalte der Staaten im Nahen und Mittleren Osten als auch der Personalaufwand für Militär und Geheimdienst hoch aus.²² Bewaffnete interne Auseinandersetzungen sowie externe Interventionen sorgten für eine anhaltende Militarisierung der Region. Die erforderlichen Ausgaben decken die Regime einerseits aus den vorhandenen Rohstoffressourcen, andererseits profitieren sie teilweise auch von internationaler Unterstützung, der ein Interesse an Stabilität in dieser weltwirtschaftlich bedeutenden Region zu Grunde liegt. Bellin zufolge macht die enge Bindung von Militär und Sicherheitsdiensten an bestehende Regime Karrieren innerhalb dieser Institutionen abhängig von Loyalität und Beziehungen, wodurch wiederum die Bereitschaft zur Verteidigung der Machtverhältnisse steigt.²³ Bei den Machtwechseln in den arabischen Ländern hat das Militär eine entscheidende Rolle gespielt. In Tunesien weigerte sich die Armee, gewaltsam gegen Demonstranten vorzugehen und garantierte während des Übergangs ein gewisses Maß öffentlicher

zawy, Amr/Ottaway, Marina: *Getting to Pluralism: Political Actors in the Arab World*, Washington: Carnegie Endowment for International Peace 2009.

22 Bellin, Eva: „Coercive Institutions and Coercive Leaders“, in: Posusney, Marsha Pripstein/Angrist, Michele Penner (Hg.), *Authoritarianism in the Middle East. Regimes and Resistance*, Boulder: Lynne Rienner Publ. 2005, S. 21-41.

23 Ebd.

Sicherheit. In Ägypten entzog das Militär dem Präsidenten Mubarak seine Unterstützung und übernahm eine Schlüsselposition im nachfolgenden Machtgefüge.

Die Fähigkeit und Bereitschaft zu Repression muss demnach als vorrangiges Merkmal autoritärer Regime angesehen werden. Anhand unterschiedlicher Repressionsgrade wird zwischen „weicher“ und „harter“ autoritärer Herrschaft unterschieden: Erstere schränkt vor allem politische Rechte wie Versammlungs- und Meinungsfreiheit ein, gesteht der Bevölkerung aber Freiräume zu, während letztere sich gegen Freiheit und Leben Andersdenkender richtet und bestehende Machtverhältnisse gewaltsam verteidigt. Die Übergänge sind hierbei fließend und autoritäre Regime reagieren auf eine Bedrohung ihrer Position mit zunehmender Gewaltanwendung. Gleichwohl kann Repression längerfristig nicht die einzige Stütze autoritärer Herrschaft bilden, da sie die Legitimität des Regimes in der Bevölkerung untergräbt.²⁴ In Iran bilden der ausgedehnte Sicherheitsapparat, wachsender politischer Einfluss der paramilitärischen Revolutionsgarden sowie die hohe Repressionsbereitschaft des Regimes wichtige Faktoren für die Blockade politischen Wandels.

Die Rohstoffressourcen der Region gelten ebenfalls als Grund für die Stabilität autoritärer Herrschaft. Sie ermöglichen Machthabern eine gewisse Autonomie gegenüber der Bevölkerung. Durch Öleinnahmen sind diese weder auf Steuern angewiesen, noch müssen sie erwirtschaftetes Kapital in die Gesamtwirtschaft investieren. Vielmehr können diese Mittel ganz im Sinne des Machterhalts eingesetzt werden, etwa wichtige Akteursgruppen zu kooptieren oder durch Subventionsleistungen in der Bevölkerung eine gewisse Legitimation zu erzeugen.²⁵ Rentenbasierte Wirtschaftsstrukturen spielen auch in Iran eine entscheidende Rolle für den Systemerhalt. Sie finanzieren nicht nur ein ausgedehntes Netz staatlicher und revolutionär-religiöser Institutionen und Kontrollorgane, sondern ermöglichen dem Regime trotz zunehmender internationaler Isolierung auch eine gewisse staatswirtschaftliche Performanz sowie die Verfolgung außenpolitischer Interessen – etwa über die Kooperation mit China oder der schiitischen Hisbollah in Libanon.

Ein „*wichtiger Baustein*“ zur Erklärung der Demokratieresistenz im Nahen und Mittleren Osten waren laut Schlumberger die neopatrimonialen Züge der Regime.²⁶ Noch immer sind soziale und politische Interaktionen in vielen Ländern der Region von Klientelismus und Patronage geprägt. Neben formalen Institutionen und Regelwerken existiert ein zweites Gerüst informeller Hierarchien und Beziehungsgeflechte, über das Entscheidungen getroffen und Konflikte geregelt werden. Im neo-

24 Merkel, Wolfgang/Gerschewski, Johannes: „Autokratien am Scheideweg. Ein Modell zur Erforschung diktatorischer Regime.“, in: WZB Mitteilungen 113 (September) (2011), S. 21-24.

25 Schlumberger: Autoritarismus, S. 117ff.

26 Ebd. S. 116.

patrimonialen System wird Macht nicht innerhalb der legal-rationalen Strukturen staatlicher Institutionen umgesetzt, sondern über persönlichen Status und Netzwerke. Dadurch ist Autoritätsausübung einer starken Willkür unterworfen, die wiederum Unsicherheit in der Bevölkerung erzeugt. Indem die Machtelite Zugang zu bestimmten Ressourcen und Privilegien gewährt, kann sie ausgewählte gesellschaftliche Akteure an sich binden und Loyalität kompensieren.²⁷ Allerdings weist Hinnebusch darauf hin, dass der Erfolg neopatrimonialer Herrschaft unter anderem von der politischen Kultur einer Gesellschaft abhängig ist, die eine solche Machtausübung akzeptiert oder gar begünstigt. So haben klientelistische und paternalistische Mechanismen zwar zur Festigung autoritärer Strukturen im Nahen und Mittleren Osten beigetragen, doch längst wirken gesellschaftliche Wandlungs- und Modernisierungsprozesse dem entgegen: Steigendes Bildungsniveau und die Einbindung von mehr und mehr Menschen in einen (massenmedial vermittelten) öffentlichen Diskurs stellten derartige Formen der Machtsicherung in Frage.²⁸ Nicht zuletzt haben die jüngsten Umbrüche in den arabischen Ländern gezeigt, dass eine Bindung aller relevanten sozialen Gruppen an das Regime nicht mehr zu leisten war: Gerade die Ansprüche der zahlenmäßig überlegenen jungen und gebildeten Bevölkerungsschichten blieben unbefriedigt. Zunehmender Perspektivenmangel und fehlendes Mitspracherecht förderten Absetzungsbewegungen und die Widerstandsbereitschaft gegen das System.

Im iranischen Kontext wurde das Konzept des Neopatrimonialismus genutzt, um die Machtausübung durch Revolutionsführer Khamenei zu beschreiben, der seine zentrale Position innerhalb der Machtelite über ein weites Netzwerk loyaler Repräsentanten sowie die Verteilung politischer Ämter und materieller Vorteile festigt.²⁹ Allerdings ist der Revolutionsführer zum Zwecke des Machterhalts immer wieder zu Kompromissen mit anderen Akteuren und Institutionen des Regimes gezwungen gewesen, wodurch die Grenzen seiner personalistischen Machtausübung deutlich wurden. Zudem spielt dem Ansatz des Neopatrimonialismus zufolge die politische Mobilisierung der Bevölkerung eine untergeordnete Rolle. In Iran jedoch kann die Bedeutung ideologisch motivierter systemtreuer Organisationen wie der

27 Ebd. S. 110ff. Zum Konzept des Neopatrimonialismus in arabischen Ländern u. a.: Sharabi, Hisham: *Neopatriarchy: A Theory of Distorted Change in Arab Society*, New York: Oxford University Press 1988; Springborg, Robert: *Family Power and Politics in Egypt*, Philadelphia: University of Pennsylvania Press 1982.

28 Hinnebusch, Raymond: „Authoritarian Persistence, Democratization Theory and the Middle East: An Overview and Critique“, in: *Democratization* 13 (3) (2006), S. 373-95, hier S. 376f.

29 Ganji, Akbar: „The Latter-Day Sultan. Power and Politics in Iran“, in: *Foreign Affairs* (November/December) (2008).

paramilitärischen *Bassij* für die Stabilität des Regimes nicht von der Hand gewiesen werden. Insofern hat dieser Ansatz im Falle Irans nur begrenzte Erklärungskraft.

Die Autoritarismusforschung versucht die Stabilität autoritärer Regime zudem über deren Institutionalisierung zu erklären. Geddes beispielsweise hat autoritären Systemen, die auf Parteien basieren, eine höhere Überlebensdauer zugeschrieben, als etwa Militär- oder personalisierten Regimes. Über institutionalisierte Strukturen könnten Einflüsse kanalisiert werden, ohne dass die Partei dabei die Führungsrolle im politischen System aufgeben.³⁰ In einer komparativen Analyse von Ägypten, Iran, Malaysia und den Philippinen argumentiert auch Brownlee, dass Parteien die Konfliktregelung und Entscheidungsfindung innerhalb der Elite erleichtern, die Ausübung von Macht weniger personenabhängig machen und somit den innerelitären Zusammenhalt stärken.³¹ Albrecht und Schlumberger haben die Liberalisierungsschritte in arabischen Ländern in den 1990ern als taktische Maßnahme gedeutet, mit der Machthaber ihre Stellung festigten. Die Autoren interpretieren dies als Mittel zur Erzeugung von innen- und außenpolitischer Legitimität. Demnach sei die Zulassung von Wahlen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen eine „Scheidemokratisierung“, die kaum Aufschluss über faktische Machtverhältnisse gebe.³² Die Vertreter dieser Argumentation gehen davon aus, dass die „imitierten Institutionen“ Möglichkeiten zur Bindung neuer Akteure an das Regime eröffnen und damit Loyalität fördern.³³ Auch Wahlen, die durch Manipulation oder den Ausschluss tatsächlicher Herausforderer beeinflusst werden, bieten autoritären Machthabern ein Mittel der Kooptation und Legitimitätserzeugung. Gleichwohl beinhalten Wahlen immer auch ein hohes Unsicherheitspotential, bieten sie doch einen Anlass zur Mobilisierung und öffentlichkeitswirksamen Kommunikation von politischer Opposition.³⁴

Die Frage der Institutionalisierung und innerelitären Konfliktregelung ist zweifellos von großem Interesse bei der Untersuchung Irans. Seit Gründung der Islamischen Republik existieren unterschiedliche Auffassungen zur Ausgestaltung des politischen Systems, anhand derer konkurrierende Fraktionen entstanden, die um Macht und Einfluss ringen, dabei aber im Rahmen der Verfassung agieren. Repub-

30 Geddes, Barbara: „Was wissen wir nach zwanzig Jahren über Demokratisierung?“, in: Berliner Debatte Initial 21 (3) (2010), S. 4-27, hier S. 20.

31 Brownlee, Jason: *Authoritarianism in an Age of Democratization*, Cambridge: Cambridge University Press 2007.

32 Schlumberger, Oliver/Albrecht, Holger: „Waiting for Godot: Regime Change Without Democratization in the Middle East“, in: *International Political Science Review* 25 (4) (2004), S. 371-92.

33 Schlumberger: *Autoritarismus*, S. 164.

34 Gerschewski: *Autokratien*; Schedler, Andreas (Hg.): *Electoral Authoritarianism: The Dynamics of Unfree Competition*, Boulder: Lynne Rienner Publishers 2006.

likanische Institutionen waren von Anfang an Teil des Systems und können kaum als „Scheindemokratisierung“ analysiert werden. Ein Resultat der regelmäßigen Wahlen war etwa der Sieg des moderaten Präsidenten Khatami im Jahr 1997, der von der konservativen Machtelite nicht vorgesehen war. Zumindest bis zur Wahlkrise 2009 verschaffte die Existenz von Fraktionen und der vor Parlaments- und Präsidentschaftswahlen deutlich zu Tage tretende politische Wettbewerb dem Regime zwar tatsächlich mehr Legitimität, bildete jedoch nicht ausschließlich eine Maßnahme des Machterhalts: Einerseits zeigte sich hier das in der Revolutionsideologie verwurzelte Selbstverständnis der Islamischen Republik als ein vom Volk getragener Staat, andererseits handelte es sich um einen Ausdruck tatsächlicher innerelitärer Konflikte, die keinesfalls immer die intendierten Resultate produzierten.

Erklärungsgrenzen der Autoritarismusansätze

Die Anpassungsleistungen autoritärer Regime an politische Notwendigkeiten führen also nicht zwangsläufig zur erwünschten Stabilisierung. Beck argumentiert, dass nicht alle Konsequenzen der strategischen Liberalisierung rational kalkulierbar seien und vorübergehende Kontrollverluste eine Demokratisierung quasi „versehentlich“ einleiten können. Fehlentscheidungen der Machthaber könnten konfliktbereiten Akteure Handlungsfreiheit für eine erfolgreiche Herausforderung geben.³⁵

Autoritäre Herrscher in den arabischen Ländern haben auf internen und externen Legitimationsdruck mit einer Verlagerung auf den „weichen“ Autoritarismus reagiert, die mit einer vorsichtigen Öffnung der Medienlandschaften einherging. Gekoppelt an die Verbreitung von Satellitenfernsehen und Internet führte dies zur Entstehung einer öffentlichen Debatte, die eine Modernisierung von Werten und Verhaltensweisen förderte sowie Grundlagen einer demokratisch orientierten politischen Kultur schuf.³⁶ Untersuchungen zur Persistenz autoritärer Regime haben die-

35 Beck, Martin: „Paving the Way for Democracies or Strengthening Authoritarianism? Reforms in the Middle East“, in: Fürtig, Henner (Hg.), *The Arab Authoritarian Regime between Reform and Persistence*, Newcastle: Cambridge Scholars Publishing 2007, S. 1-25, hier S. 12ff.

36 Hafez, Kai: „Introduction. Mass Media in the Middle East: Patterns of Political and Social Change“, in: Hafez, Kai (Hg.), *Mass Media, Politics and Society in the Middle East*, New Jersey: Hampton Press 2001, S. 1-20; Hafez, Kai: „The Role of Media in the Arab World's Transformation Process“, in: Hanelt, Christian-Peter/Möller, Almut (Hg.), *Bound to Cooperate - Europe and the Middle East II*, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 2008, S. 321-39; Hegasy, Sonja: „They Dare to Speak Out: Changes in the Political Culture of Egypt, Morocco and the Arab World“, in: Hafez, Kai (Hg.), *The Islamic*

se gesellschaftlichen Prozesse jedoch vernachlässigt. So kritisiert Hegasy, dass tatsächlich stattfindende Veränderungen entweder vorschnell als strategisches „Reformtheater“ abgestempelt oder gar nicht erkannt wurden. Sie betont, dass informell organisierte Akteure der Zivilgesellschaft, die über Meinungsbildung und öffentliche Diskurse politische Prozesse prägen, erheblich mehr Aufmerksamkeit verdienen, sollten Perspektiven demokratischer Entwicklung aufgezeigt werden.³⁷ Demokratische Werte und Menschenrechte haben durch den zunehmenden Einfluss internationaler Organisationen und transnationaler zivilgesellschaftlicher Initiativen an Bedeutung gewonnen. Debatten über gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und soziale Gerechtigkeit wurden in Nordafrika und Mittelost seit geraumer Zeit mit großer Intensität geführt.³⁸ Diese Normen boten sowohl eine Projektionsfläche für gesellschaftliche Hoffnungen nach mehr Anerkennung und Partizipation als auch einen Maßstab für eine kritische Begutachtung der Handlungen politischer Machthaber.³⁹

Somit erwuchs die größte Herausforderung autoritärer Regime in Nordafrika und Mittelost letztlich aus den gesellschaftlichen Entwicklungen, welche die Autoritarismusforschung mit ihrem Fokus auf die Handlungen staatlicher und ökonomischer Eliten nicht erfassen konnte. Hafez hat auf entscheidende Voraussetzungen für einen politischen Umbruch in den arabischen Ländern hingewiesen:

„Es besteht also eine hoch dynamische Mischung aus Bildungsmobilität, erwachendem neuen Mittelschichtbewusstsein und einer sozialen Misere der unteren Mittelschicht, der die Teilhabe am ökonomischen Reichtum verwehrt wird. Bildungsproletariate wie in Ägypten, wo ein riesiges Heer ausgebildeter Studenten und Lehrer in struktureller Arbeitslosigkeit lebt, führen zu sozialen und politischen Spannungen in großem Maßstab. Die Kontrahenten stellen dabei nicht nur soziale Forderungen, sondern sie sind aufgrund ihres Bildungsniveaus auch in der Lage, diese zu artikulieren, sich zu organisieren und politisch zu opponieren.“⁴⁰

World and the West. An Introduction to Political Cultures and International Relations, Leiden: Brill 2000, S. 146-60.

37 Hegasy, Sonja: „Die Mär von der arabischen Stagnation“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 02 (2007), S. 205-11, hier S. 208.

38 Perthes, Volker: „Demokratieresistenz im Vorderen Orient?“, in: Berliner Debatte Initial 21 (3) (2010), S. 78-87.

39 Risse, Thomas/Ropp, Stephen C./Sikkink, Kathryn (Hg.): The Power of Human Rights. International Norms and Domestic Change, Cambridge: Cambridge University Press 1999.

40 Hafez: Heiliger Krieg, S. 116.

Demnach verschärften erhöhte soziale Mobilität und eine veränderte Schichtung der Gesellschaft den Interessenskonflikt in Bezug auf die ungleiche Verteilung von Ressourcen und politischer Macht. Wachsende Frustrationen konnten über die jenseits autoritärer Kontrolle entstehenden Kommunikationskanäle formuliert und verbreitet werden. Dies förderte die Herausbildung konfliktorientierter Akteure, die zu einer offenen Herausforderung der Machtverhältnisse bereit waren. Auch in Iran lassen sich vergleichbare Konstellationen ausmachen: Einer überwiegend jungen und gut gebildeten Bevölkerung bleiben die Entwicklungsperspektiven versperrt. Aufgrund der ideologischen Instrumentalisierung der Religion ist selbst das Privatleben der Bevölkerung einer hohen Kontrolle durch das Regime unterworfen. Dies trifft die liberale Mittelschicht besonders empfindlich. Dementsprechend verbreitet ist das Bedürfnis nach politischen und individuellen Freiheiten, gekoppelt an grassierende ökonomische Unzufriedenheit. Forderungen nach Veränderung wurden durch die Reformpolitik unter Khatami zwar aufgenommen und in begrenztem Maße in politische Gestaltungskraft verwandelt. Doch mit der autoritären Regression und der Machtkonzentration innerhalb einer geschlossenen Herrschaftselite stieg das Konfliktpotential zwischen dem Regime und Teilen der Gesellschaft erneut.

Um die Ansätze der Autoritarismusforschung zusammenzufassen, bietet sich ein durch den Transformationsforscher Wolfgang Merkel beschriebenes Modell an. Demnach basiert die Stabilität autoritärer Regime prinzipiell auf drei Säulen: Legitimation, Repression und Kooptation. Alle drei lassen sich in unterschiedliche Bereiche gliedern, die auch in den Ausführungen hier mit Blick auf den Nahen und Mittleren Osten deutlich wurden. Legitimation kann einerseits auf ideologisch-normativer Ebene, andererseits über staatliche Leistungsfähigkeit in Wirtschaft und Sicherheit erzeugt werden. Repression stellt ein entscheidendes Merkmal autoritärer Herrschaft dar, variiert indes gemäß unterschiedlicher Härtegrade. Die Kooptation strategisch wichtiger Akteursgruppen hat eine möglichst hohe Elitenkohäsion zum Ziel und vollzieht sich unter anderem über Einlass in die Institutionen des politischen Systems, die Verteilung wirtschaftlicher Ressourcen oder Anbindung über neopatrimoniale Netzwerke. Krisen in einem Bereich können vorübergehend durch die anderen Säulen ausgeglichen werden; die Stabilität des autoritären Systems beruht jedoch auf einer möglichst gleichförmigen Belastung.⁴¹ Entscheidend ist, wie Regimeakteure auf Brüche kritischen Ausmaßes in den drei Stützen reagieren und welche Auswirkungen diese Reaktionen auf den Fortbestand des Systems haben. Im Rahmen dieser Studie muss somit erfragt werden, inwieweit die Nutzung des Internets durch strategische und konfliktorientierte Gruppen Auswirkungen auf Legitimation, Kooptation und Repression des iranischen Regimes hat, also zu einer Schwächung oder aber Stärkung der drei Säulen des autoritären Systems beiträgt.

41 Merkel/Gerschewski: Autokratien.

Die Kritik an den Ansätzen der Autoritarismusforschung hat gezeigt, dass eine wesentliche Herausforderung autoritärer Herrscher in den arabischen Ländern und Iran aus gesellschaftlichen Wandlungsprozessen erwachsen ist, die sich in den letzten Jahrzehnten vollzogen haben. Dabei spielte vor allem die Herausbildung einer kritischen Öffentlichkeit eine wichtige Rolle, um die Legitimität bestehender Herrschaftsformen zu hinterfragen und alternative politische Vorstellungen zu verbreiten. Dies ermöglichte letztlich die Formierung und Mobilisierung konfliktfähiger Akteure, welche bereit waren, durch Druck „von unten“ das Repressionspotential des Staates herauszufordern.

DEMOKRATISIERUNG VON UNTEN: DIE ZIVILGESELLSCHAFT

Das Konzept der Zivilgesellschaft hat während der letzten Jahrzehnte Sozialwissenschaft und Politik gleichermaßen beschäftigt. Unabhängig von der historischen Genese des Begriffs wird Zivilgesellschaft heute als essentieller Bestandteil moderner Demokratien betrachtet, ein Ausbau zivilgesellschaftlicher Aktivität gleichgesetzt mit zunehmender Demokratisierung. Klein charakterisiert den Diskurs zur Zivilgesellschaft dementsprechend als *„unabgeschlossene theoretische Suchbewegung nach den Handlungsmöglichkeiten gesellschaftlicher Akteure zur Herstellung und Fortentwicklung demokratischer Formen der Politik“*.⁴² Besonders durch die Systemwechsel in Osteuropa und Lateinamerika hat dieser Diskurs wesentliche Impulse erhalten und in der entsprechenden Forschungsliteratur wird davon ausgegangen, dass das Konzept der Zivilgesellschaft entscheidend zum Verständnis von politischen Transformationsprozessen beitragen kann.⁴³

Zivilgesellschaft bezeichnet zunächst eine vom Staat unabhängige Sphäre, in der nichtstaatliche Akteure und Initiativen ihre öffentlichen Interessen artikulieren und organisieren. Diese Autonomie vom Staate bedarf der Sicherung essentieller Grundrechte, mit denen Freiheit, Besitz und Handeln des Einzelnen geschützt werden. Erfahrungen aus totalitären Systemen zeigen, dass diese ihre innere Stabilität vor allem durch eine bis in die Privatsphäre ausgedehnte Überwachung und Administration sichern. Dadurch werden gesellschaftliche Netzwerke zerschlagen, die

42 Klein, Ansgar: Der Begriff der Zivilgesellschaft. Politische Hintergründe und demokratietheoretische Folgen, Opladen: Leske und Budrich 2001, S. 252.

43 Cohen, Jean/Arato, Andrew: Civil Society and Political Theory, Massachusetts: MIT Press 1992, S. 2.; Merkel, Wolfgang/Croissant, Aurel/Lauth, Hans-Joachim: „Zivilgesellschaft und Transformation: ein internationaler Vergleich“, in: Merkel, Wolfgang/Henkes, Christian (Hg.), Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation, Opladen: Leske und Budrich 2000, S. 9-49, hier S. 9.

Eigeninitiative der Bürger gelähmt, pluralistische Identitäten aufgelöst und letztlich eine ideologische Indoktrinierung der Bevölkerung ermöglicht. In autoritären Systemen ist eine Existenz von Zivilgesellschaft zwar grundsätzlich möglich, ihre Entfaltung jedoch ständig bedroht. Der Aspekt der Abgrenzung und Verteidigung der Zivilgesellschaft ist verständlicherweise im Diskurs osteuropäischer Dissidenten besonders ausgeprägt, da diese ständig bestrebt waren, den gesellschaftlichen Handlungsspielraum gegenüber der Allmacht des sozialistischen Staates zu bewahren.⁴⁴

Doch das Konzept beschränkt sich nicht allein auf den Schutz liberaler Bürgerrechte vor einem allzu mächtigen Staat. Die Zivilgesellschaft ist auch selbst Terrain einer aktiven Gestaltung der Gesellschaft und trägt letztlich zur Stabilisierung der Demokratie bei. In Anlehnung an Tocqueville unterstreichen viele gegenwärtige Theoretiker die Bedeutung zivilen Engagements in sozialen oder politischen Initiativen für die Ausbildung einer demokratischen politischen Kultur: Hier erfahren Einzelne zentrale Tugenden wie Toleranz, Kompromissbereitschaft und Solidarität. Neben dieser sozialisierenden Funktion erhöht die gestalterische Teilhabe an gesellschaftlichen Entwicklungen auch die individuelle Identifikation mit dem politischen System. Zusätzlich fördert ein lebendiges Assoziationswesen eine Dezentralisierung von Macht, indem es einer Spaltung der Gesellschaft in passive Bevölkerung und dominierende politische Klasse entgegenwirkt. Insofern bietet eine funktionierende Zivilgesellschaft den effektivsten Schutz vor Autoritätsmissbrauch und der Dominanz unhinterfragter mehrheitlicher Konventionen.⁴⁵

Die Zivilgesellschaft bildet also einerseits im autoritären System den Gegenspieler des Staates, andererseits in der Demokratie dessen vermittelnde Stütze. Diesen gegensätzlich erscheinenden normativen Zielstellungen wird mit der Vorstellung von einer sich selbst begrenzenden Zivilgesellschaft begegnet. Demzufolge entspricht eine direkte Veränderung des politischen Systems nicht den Aufgaben der Zivilgesellschaft. Deren Akteure können zwar indirekt Einfluss auf die Politik ausüben, jedoch keine unmittelbare politische Macht gewinnen. Grundlegend ist hierbei eine Abkehr von revolutionären Konzepten, die auf der Erkenntnis beruht, dass alle Revolutionen sich stets gegen die Kräfte gewandt haben, die sie ursprünglich initiierten und letztendlich in diktatorischen Bedingungen mündeten, in denen Aktivitäten und Einflussmöglichkeiten sozialer Gruppierungen drastisch eingeengt

44 Klein: Zivilgesellschaft, S. 35ff.; Habermas, Jürgen: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1992, S. 446; Cohen/Arato: Civil Society, S. 19f.

45 Cohen/Arato: Civil Society; Eberly, Don E.: „The Meaning, Origins and Applications of Civil Society“, in: Eberly, Don E. (Hg.), The Essential Civil Society Reader. Classic Essays in the American Civil Society Debate, Lanham: Rowman and Littlefield 2000, S. 3-29, hier S. 19.

wurden.⁴⁶ Dieser Aspekt ist ganz offensichtlich auch von großer Bedeutung für Iran: Die Erfahrungen der Revolution von 1979 und ihrer Folgen prägen politische Elite und Gesellschaft bis heute. Das Verlangen nach einem erneuten plötzlichen Umsturz der Machtverhältnisse ist dementsprechend wenig ausgeprägt. Dies dürfte einen wesentlichen Unterschied zu den arabischen Ländern darstellen. Für die Transitionsforschung bedeutet diese Idee der Selbstbegrenzung, dass eine aktive Zivilgesellschaft zwar ein autoritäres System delegitimieren und gefährden kann, der letztendliche Systemwechsel und die Konsolidierung der Demokratie jedoch nicht ohne eine Veränderung der Machtverhältnisse in der politischen Elite sowie die Umgestaltung der staatlichen Institutionen möglich ist.⁴⁷

Die Bedeutung kommunikativer Prozesse innerhalb der Zivilgesellschaft wird insbesondere durch Überlegungen aus der Kritischen Theorie und der Diskurstheorie nach Habermas hervorgehoben. Leitende Vorstellung ist hierbei, dass soziale und politische Normen ständig durch alle von ihnen Betroffenen in einem öffentlichen Diskurs evaluiert und geformt werden. Da weder der Zugang noch die Agenda dieser Debatten aufgrund moralischer oder politischer Kriterien eingeschränkt werden sollten, erweitert sich das Spektrum der gesellschaftlichen Meinungsbildung mit jeder Artikulierung eines weiteren Problembereichs. In diesem Sinne wird bereits der Versuch, ein Thema der öffentlichen Auseinandersetzung zugänglich zu machen, als Bemühen um Veränderung und um fortschreitende Demokratisierung angesehen.⁴⁸ Zivilgesellschaftliche Initiativen nehmen dabei die Resonanz sozialer Problemlagen aus dem Privatbereich auf, bündeln diese sowohl diskursiv als auch organisatorisch und bilden so die Basis für eine offene und pluralistische Debatte. In Ergänzung zu den Institutionen der Politik und der Massenmedien erfüllen sie daher eine wichtige emanzipatorische Funktion bei der gesamtgesellschaftlichen Meinungs- und Willensbildung.⁴⁹

Dieser Ansatz geht weiterhin davon aus, dass soziale Bewegungen eine Schlüsselrolle in der Zivilgesellschaft spielen und deren Vitalität auf zweifache Art fördern. Soziale Bewegungen sind lose strukturierte Netzwerke, die sich um eine gemeinsame Zielstellung bilden, neue Ideen und Werte thematisieren oder neuartige Interpretationen sozialer Normen vertreten. Soziale Bewegungen versuchen zum einen durch eine offensive nach außen gerichtete Kommunikation ihrer Forderungen

46 Cohen/Arato: *Civil Society*, S. 31.

47 Linz, Juan J./Stepan, Alfred: „Toward Consolidated Democracies“, in: *Journal of Democracy* 7 (2) (1996), S. 14-33.

48 Benhabib, Seyla: „Models of Public Space: Hannah Arendt, the Liberal Tradition, and Jürgen Habermas“, in: Calhoun, Craig (Hg.), *Habermas and the Public Sphere*, Cambridge/Massachusetts: MIT Press 1992, S. 73-98, hier S. 85ff.

49 Habermas: *Faktizität*, S. 443.

gen Druck auf politische Entscheidungen auszuüben und die gesellschaftliche Meinung zu beeinflussen. Dadurch werden öffentliche Debatten bereichert und die Bewegungen nehmen grundlegende Bürgerrechte wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit überhaupt erst in Anspruch, erfüllen diese normativen Vorstellungen also mit Leben und verteidigen indirekt den Wirkungsbereich der Zivilgesellschaft. Zum anderen setzen sich soziale Bewegungen aufgrund ihrer flexiblen Struktur fortwährend mit der eigenen Identität und Zielstellung auseinander. Dabei handeln sie immer auch in Reaktion auf innerhalb der Zivilgesellschaft aufkommende alternative Positionen und Gegenbewegungen. Indem sie neue Identitätsvorstellungen aufwerfen, verhandeln und festigen, bewirken sie eine fortschreitende interne Demokratisierung der Zivilgesellschaft selbst.⁵⁰

Zivilgesellschaft als Terrain von Hegemonie

Die Vorstellung der Zivilgesellschaft als Sphäre vorwiegend diskursiv interagierender Akteure vertritt auch Antonio Gramsci. Allerdings ist ihm zufolge die Auseinandersetzung verschiedener Diskurse in der Zivilgesellschaft nicht unbedingt ein pluralistisches Nebeneinander, sondern immer eng an politische, soziale und kulturelle Hierarchien geknüpft. Gramscis Auffassung nach erhält ein politisches System seine Stabilität zunächst durch administrative und repressive Formen der Machtausübung, die über staatliche Institutionen ausgetragen werden. Gleichzeitig streben herrschende Gruppierungen nach der Erlangung der moralischen und intellektuellen Führung innerhalb der Gesellschaft. Sie suchen in der Bevölkerung einen Konsens zu der von ihnen geprägten Ausrichtung des gesellschaftlichen Lebens zu erzeugen. Die Konstruktion dieser Hegemonie vollzieht sich in der Zivilgesellschaft, die damit bei Gramsci hauptsächlich ein Bereich kultureller und intellektueller Beziehungen ist. Hier ist der Einfluss staatlicher Interventionen am geringsten, deshalb tritt ein dominierender Diskurs mit anderen ihn herausfordernden Diskursen in Konkurrenz, um durch Überzeugungsarbeit in einem ständigen Prozess von Veränderung, Anpassung und Verteidigung, abhängig vom wechselnden Einfluss untergeordneter sozialer Gruppen, seine Vormachtsstellung zu erhalten. Bei dieser Auseinandersetzung geht es um unterschiedliche Perspektiven auf Lebenseinstellungen, Verhaltensmuster, moralische und politische Prinzipien, allgemein also um die Interpretation von Kultur. Die Essenz der Hegemonie beruht in der Fähigkeit, verschiedene Ideen nicht zugunsten einer uniformen Anschauung zu unterdrücken, sondern soweit anzunehmen, dass ihr potentieller Antagonismus neutralisiert wird.⁵¹

50 Ebd. S. 447; Cohen/Arato: *Civil Society*, S. 555ff.

51 Bobbio, Norberto: „Gramsci and the Concept of Civil Society“, in: Keane, John (Hg.), *Civil Society and the State: New European Perspectives*, London/New York: Verso

Die Zivilgesellschaft ist nach Gramsci eine Arena, die von der jeweils herrschenden Gesellschaftsauffassung dominiert wird. Dennoch gewährt eine intakte Zivilgesellschaft oppositionellen Akteuren ausreichend Spielraum, um die eigenen Anschauungen zu artikulieren und die jeweilige Hegemonie herauszufordern. Eine Veränderung des Systems kann erreicht werden, wenn eine Krise oder Fragmentierung der bestehenden Ordnung untergeordneten Gruppen gestattet, bisherige Limitationen auszuweiten, Allianzen zu bilden und neue politische Ambitionen zu entwickeln. Dieser Prozess geht über mehrere Stadien: ausgehend vom Heranwachsen gemeinschaftlicher Solidaritäten, über die fortschreitende Organisation kollektiver Gruppen- bzw. Klassenziele, hin zu deren Übertragung auf eine höhere politische Ebene von allgemeinem Interesse.⁵² An dieser Stelle lässt sich an die dargestellte Bedingung der Transformationsforschung anknüpfen, derzufolge ein Wandel des politischen Systems erst möglich ist, wenn es konfliktorientierten Gruppierungen gelingt, alternative Vorstellungen für die Zukunft der Gesellschaft zu entwickeln und größere Teile der Bevölkerung dafür zu gewinnen – wenn also mit Gramsci die bestehende Hegemonie erfolgreich herausgefordert und sogar abgelöst wird.

Zivilgesellschaft und Transformation

Die bisherigen Ausführungen zur Zivilgesellschaft sind natürlich hochgradig normativ. In autoritären Systemen wird die Entfaltung und Wirkungsweise von Zivilgesellschaft indes durch staatliche Willkür bedroht. Zudem ist eine den theoretischen Ansprüchen entsprechende Zivilgesellschaft aufgrund soziokultureller Rahmenbedingungen oftmals kaum ausgebildet. Die Transformationsforschung identifiziert deshalb bestimmte Faktoren, die das Einflusspotential der Zivilgesellschaft auf einen möglichen Systemwandel bestimmen.

Erstens ist das Ausmaß zivilgesellschaftlicher Aktivität in einem autoritären Staat abhängig von der Geschlossenheit des Systems. Je fester ein autoritäres Sys-

Books 1988, S. 73-99; Keane, John: *Civil Society. Old Images, New Visions*, Cambridge/Oxford: Blackwell 1998; Votsos, Theo: *Der Begriff der Zivilgesellschaft bei Antonio Gramsci*, Hamburg: Argument Verlag 2001. Hier kann auch auf die Überlegungen von Foucault verwiesen werden, demzufolge Macht nicht allein über Verbote und Repression ausgeübt werden kann, sondern immer auch Wissen und Diskurse generieren muss, um erfolgreich zu sein. Macht ist damit weniger eine repressive Kraft, als vielmehr ein produktives Netzwerk, dass die gesamte Gesellschaft durchdringt. Foucault, Michel: „Verité et pouvoir. Entretien avec M. Fontana“, in: *L'Arc* 70 (1977), S. 16-26.

52 Eley, Geoff: „Nations, Publics, and Political Cultures: Placing Habermas in the Nineteenth Century“, in: Calhoun, Craig (Hg.), *Habermas and the Public Sphere*, Massachusetts: MIT Press 1992, S. 289-339, hier S. 324ff.

tem institutionalisiert ist und je tiefer es auch die Gesellschaft durchdringt, desto geringer sind die Chancen für eine Entfaltung zivilgesellschaftlicher Aktivität. In stark repressiven Staaten sind somit vor allem offene Bewegungen mit niedrigem Organisationsgrad oder Einzelakteure wie Intellektuelle und Journalisten für eine Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse aktiv.⁵³ Zweitens prägen historische Erfahrungen mit autoritärer Herrschaft oder gescheiterte Demokratisierungsversuche kollektive Wertvorstellungen. Drittens wirken sich Klientelismus, Korruption oder soziale Gewalt ebenso hemmend auf die Entwicklung von Zivilgesellschaft aus wie patriarchalische Strukturen oder ein verbreitetes Misstrauen gegenüber politischem Engagement. Aus ökonomischer Hinsicht werden viertens differenzierte wirtschaftliche Strukturen als förderlich für eine vielfältige Zivilgesellschaft angesehen. Fünftens wird eine gebildete Mittelschicht generell als wichtiger Faktor für die Entfaltung der Zivilgesellschaft eingeschätzt, muss jedoch nicht zwangsläufig positiv zu bewerten sein: In wirtschaftlichen Krisen kann diese Bevölkerungsschicht zur eigenen Existenzsicherung auch Rückzug auf individualistische Strategien nehmen, anstatt sich politisch oder sozial zu engagieren. Auf internationaler Ebene schließlich können Finanzhilfen, Trainingsprogramme, Wissenstransfer und außenpolitischer Druck auf das autoritäre Regime die Entwicklung der Zivilgesellschaft beeinflussen.⁵⁴

Der Transformationsforschung zufolge verändern sich Handlungspotential und Einflussmöglichkeiten der Zivilgesellschaft im Laufe des Systemwechsels. Im autoritären System, bei dessen Legitimationskrise oder einer allmählich einsetzenden Liberalisierung steht die Zivilgesellschaft prinzipiell in Opposition zum Regime. Die inhaltlich durchaus unterschiedlichen Initiativen zivilgesellschaftlicher Akteure gehen fast immer einher mit Forderungen nach Menschen- und Bürgerrechten, von deren Durchsetzung eine mehr oder weniger öffentliche Betätigung abhängt. Dabei kann die gemeinsame Konfrontation des autoritären Staates Solidarität unter den verschiedenen sozialen Kräften fördern.⁵⁵ Durch den Druck von unten können Freiräume gewonnen werden, die der Zivilgesellschaft eine weitere Ausdehnung gestatten und politisch wirksame Einflussmöglichkeiten schaffen. Aus dieser Entwicklung können schließlich Akteure der Opposition Rückhalt für die Verhandlungen auf politischer Ebene schöpfen. Solcherart haben zivilgesellschaftliche Bewegungen oftmals die Vorbereitung oder Einleitung politischer Wandlungsprozesse ge-

53 Merkel/Croissant/Lauth: *Zivilgesellschaft und Transformation*, S. 23f.; Croissant, Aurel: „Zivilgesellschaft und Transformation in Ostasien“, in: Merkel, Wolfgang/Henkes, Christian (Hg.), *Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation*, Opladen: Leske und Budrich 2000, S. 335-64, hier S. 357.

54 Merkel/Croissant/Lauth: *Zivilgesellschaft und Transformation*, S. 24ff.

55 Klein: *Zivilgesellschaft*, S. 92ff.

prägt.⁵⁶ Bei einsetzendem Systemwechsel vergrößert sich der Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft aufgrund nachlassender Repression und machtpolitischer Vakuen, sie wandelt sich schließlich von der Gegen- zur Gestaltungsmacht.⁵⁷

Gleichwohl ist die Verknüpfung des Zivilgesellschaftskonzepts mit den Transformationstheorien nicht unproblematisch. Aufgrund der Einschränkungen, denen zivilgesellschaftliche Aktivitäten in autoritären Staaten unterliegen, ist es oftmals nicht einfach diese zu identifizieren, nimmt man enge Kriterien wie moderne (westliche) Werte oder Demokratieorientiertheit zum Maßstab. So plädiert Bayat für eine erweiterte Vorstellung von zivilgesellschaftlichen Handlungen, um beispielsweise in Ägypten und Iran auf soziale Wandlungsprozesse aufmerksam zu machen, denen potentiell politische Bedeutung zukommt, ohne dass diese auf den ersten Blick offensichtlich wäre. Unter Verweis auf die vielfältigen Restriktionen, welche eine organisierte Aktivität von sozialen Bewegungen in autoritären Staaten einschränken, entwickelt Bayat die Vorstellung eines gelebten Aktivismus. Während die Aktivistinnen der iranischen Frauenbewegung durch Repressionen bedroht seien, würden Frauen über alltägliche Praktiken, wie eine freizügigere Interpretation der staatlichen Kleidungsvorschriften, gerichtliche Auseinandersetzungen um Sorge- und Scheidungsrecht oder die einfache Berufstätigkeit staatlich sanktionierte Vorstellungen zur Rolle der Geschlechter allmählich verändern. Auch die iranische Jugend fordere über Mode, partnerschaftliche Beziehungen und ihr Verhalten in der Öffentlichkeit den iranischen Staat mit seinen restriktiven Moralvorstellungen heraus und reklamiere individuelle Freiheiten. Hierbei handelt es sich Bayats Auffassung zufolge um ein „non-movement“, eine Bewegung also, der keinerlei fixierte Organisations- oder Kommunikationsstrukturen zugrunde liegen, die sich aber über eine „*politics of praxis*“ gegen dominante Normen wende. Bei entsprechendem Anlass könnten solche passiven Netzwerke der stillschweigenden gegenseitigen Wiedererkennung zu veritablen sozialen Bewegungen oder zumindest kurzfristiger Protestmobilisierung anwachsen: etwa wenn eine Krise autoritärer Kontrolle oder ein Nachlassen staatlicher Repression mehr Freiräume eröffne oder aber umgekehrt die beschriebenen alltäglichen Praktiken übermäßigem Druck ausgesetzt werden.

Die Relevanz derartiger gesellschaftlicher Tendenzen für Demokratisierungsprozesse liegt für Bayat darin, dass involvierte Menschen somit ihren Platz in der Gesellschaft einfordern, neu definieren und eine aktive Staatsbürgerschaft praktizieren. Es geht ihm nicht darum, die Bedeutung einer direkten Herausforderung autoritärer Herrschaft durch entsprechend konfliktfähige Akteure in Abrede zu stellen, sondern er begibt sich vielmehr auf die unterste Stufe der gesellschaftlichen Ausei-

56 Croissant: Zivilgesellschaft, S. 348.

57 Klein: Zivilgesellschaft, S. 92ff.; Merkel/Croissant/Lauth: Zivilgesellschaft und Transformation, S. 33.

nersetzung mit staatlichen Machtansprüchen, die gewissermaßen einen Ausgangspunkt und Rückhalt für die Aktivitäten sozialer Bewegungen und Oppositionsparteien mit einer offeneren politischen Stoßrichtung bildet:

„Activism, the extraordinary practices that produce social change, is the stuff of activists, who may energize collective sentiment when the opportunity allows. The point is not to reiterate the political significance of contentious movements in causing political change, or to downplay the need to undercut the coercive power of the states. The point rather is to discover and recognize societal spaces in which lay citizens, through the ordinary practices of everyday life, may recondition the established political elites and refashion state institutions into their sensibilities.“⁵⁸

Natürlich sollte man eine allzu starke Aufweichung der Grenzen des Politischen vermeiden. Die von Bayat beschriebenen Praktiken stellen im Prinzip den ersten Schritt des Hegemoniekonzepts von Gramsci, also die Herausbildung gesellschaftlicher Solidaritäten dar, die anschließend von kollektiven Akteuren der Zivilgesellschaft oder organisierten Oppositionsgruppen aufgenommen und auf ein höheres Niveau politisch relevanter Aktivität übertragen werden. Beinin und Vairel verweisen ebenfalls darauf, dass in den von autoritärer Kontrolle geprägten nahöstlichen Staaten eine sichtbare Organisation von sozialen Bewegungen oftmals gar nicht möglich gewesen sei und demzufolge die Beobachtung von informellen Netzwerken und Erscheinungsformen der Herausforderung zu einem präziseren Verständnis von der allmählichen Herausbildung und Fortentwicklung sozialer Bewegungen in diesem regionalen Kontext beitrage:

„...these approaches avoid the organizational fetishism [...] by focusing on people, mutual knowledge, social ties, and informal organizational structures preexisting social movement organizations. Such informal factors always nurture and shape mobilizations and help us to explain the evolving form of a social movement across time.“⁵⁹

Insofern können verschiedene Ebenen der Herausforderung autoritärer Macht unterschieden werden: Während Individuen durch ihre Alltagspraktiken die Grenzen dominanter Normvorstellungen testen und erweitern und eine potentielle (aber noch nicht mobilisierte) Anhängerschaft für soziale Bewegungen bilden, stehen darüber tatsächliche Aktivisten, welche sich mehr oder minder kollektiv organisiert für eine Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse einsetzen, daraus jedoch nicht zwangs-

58 Bayat: *Making Islam Democratic*, S. 203.

59 Beinin, Joel/Vairel, Frédéric (Hg.): *Social Movements, Mobilization, and Contestation in the Middle East and North Africa*, Stanford: Stanford University Press 2011, S. 9.

läufig einen Anspruch auf politische Macht ableiten. Die beschriebene alltägliche Auseinandersetzung iranischer Frauen mit den ihnen durch das Regime auferlegten Grenzen wird immer auch von Journalistinnen oder Anwältinnen der Frauenbewegung begleitet, welche sich trotz Repressionen bemühen, die Forderung nach Gleichberechtigung aktiv in die Öffentlichkeit zu tragen und einzuklagen. Auf der nächsthöheren Ebene finden sich sodann Oppositionsgruppen oder politische Herausforderer, die als konfliktbereite Akteure direkten Zugang zu staatlichen Institutionen suchen (oder haben) und eine graduell reformorientierte oder aber unmittelbare Veränderung des politischen Systems sowie der Interessenarrangements innerhalb der Machtelite anstreben. Sie schöpfen ihre Konfliktfähigkeit auch aus einer Aufnahme der über Alltagspraktiken und Zivilgesellschaft artikulierten sozialen Forderungen, die sie in ihre Programmatik und ihren Diskurs einfließen lassen, um eine höhere Legitimität zu erlangen und mehr Anhänger mobilisieren zu können. In Iran gelangen den politischen Reformern hinter Präsident Khatami die erdrutschartigen Wahlsiege der Jahre 1997, 2000 und 2001 aufgrund der Unterstützung ebenjener „non-movements“ in der Bevölkerung, welche durch den Reformdiskurs von mehr sozialer Freiheit und Partizipation zu politischem Engagement aktiviert werden konnten. Die beachtliche Herausforderung des iranischen Regimes durch die Grüne Bewegung nach der Wahlkrise vom Sommer 2009 war wiederum nur möglich durch das Zusammenwirken von Akteuren der politischen Elite, den sozialen Bewegungen der Zivilgesellschaft und kurzfristig politisierten Alltagspraktiken des Widerstands gegen den Staat.

Eine Verknüpfung der Transformationstheorien mit einem offenen Ansatz zur Zivilgesellschaft ermöglicht es somit, die ganze Spannbreite gesellschaftlicher und politischer Herausforderung von autoritärer Macht in Betracht zu ziehen – angefangen von der Manifestierung antihegemonialer Praktiken und Solidaritäten bis hin zum konkreten Machtanspruch von Seiten ebenso konfliktbereiter wie konfliktfähiger Akteure. Selbst wenn nicht allen diesen Handlungen eine explizit demokratische Agenda zugrunde liegt, so können sie doch eine Schwächung der Position von strategischen Akteuren innerhalb der Machtelite zur Folge haben und einen politischen Wandel befördern.